
Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Chancen ermöglichen – Bildung stärken

Handlungsempfehlungen für kommunale Entscheider,
Träger und Kindertageseinrichtungen

Ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Buch vorwiegend die männliche Sprachform verwendet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Petra Klug, Romy Stühmeier
Mitarbeit: Herbert Vogt, *balance pädagogik & management*
Lektorat: Rudolf Jan Gajdacz, *team 4media&event*, München
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Nadine Humann
Fotos: Veit Mette, Bielefeld
Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld
ISBN 978-3-89204-941-8

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Die folgenden Handlungsempfehlungen sind Bestandteil der Publikation „Chancen ermöglichen – Bildung stärken. Zur Lebenssituation sozial benachteiligter Kinder in Deutschland“, die das Thema Bildungsgerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Sie führt Ergebnisse wissenschaftlicher Studien sowie Praxiserfahrungen zusammen und zieht Bilanz. Gleichermaßen wird der Blick auf zukünftige Chancen und Ansprüche gerichtet.

Ergänzt wird die Publikation durch Filmbeiträge (DVD), die Einblicke in die Arbeit verschiedener Akteure vor Ort und vor allem in die Lebenswelt benachteiligter Kinder ermöglicht.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Chancen ermöglichen – Bildung stärken

Zur Lebenssituation sozial benachteiligter Kinder in Deutschland

2007, 60 Seiten, Broschur, und 20 Seiten Handlungsempfehlungen mit DVD, 20,- Euro

ISBN 978-3-89204-941-8

Zu bestellen unter www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Einleitung	4
Handlungsbedarf erkennen	6
Transparenz herstellen	6
Belastete Stadtteile unterstützen	7
Vernetzung fördern	8
Netzwerke aufbauen	8
Partizipation stärken	9
Bildung stärken	12
Zugang zur KiTa erleichtern	12
Bedarfsorientierte Angebote entwickeln	13
Personal unterstützen	18
Personalschlüssel verbessern	18
Personal qualifizieren	18
Literatur	20

Einleitung



Jedes Kind hat von Geburt an ein Recht auf Bildung. Anfang der 1990er Jahre wurde mit der UN-Kinderrechtskonvention dieses Bildungsrecht festgeschrieben und – mit Ausnahme der USA und Somalia – von allen Staaten der Welt ratifiziert. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, Kindern die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen, und zwar unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft und sozialen Schicht. Länder wie Finnland sind mit ihrem Ansatz »Kein Kind darf verloren gehen!« bereits sehr erfolgreich. Doch wie sieht es in Deutschland – in Kommunen, Kindertageseinrichtungen, Schulen und in Familien – mit dem Zugang zu Bildung aus?

Zahlreiche Studien, wie der 2007 veröffentlichte Bildungsreport der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD 2007), zeigen, dass nicht das Grundrecht auf Bildung im deutschen Bildungssystem ausschlaggebend für die Bildungsbiographie von Kindern ist, sondern vielmehr die soziale Herkunft – ein Widerspruch zum im Grundgesetz verankerten Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dies betrifft insbesondere Kinder aus armen und einkommensschwachen Familien, aus Familien mit Migrationshintergrund sowie aus anregungsarmen, bildungsfernen Elternhäusern. Kinder, die in schwierigen Lebenslagen aufwachsen, haben nicht nur schlechtere Bildungschancen, sie sind auch in gesundheitlicher Hinsicht gefährdet und damit häufig nachhaltig in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Wie viele Kinder und ihre Familien potenziell und tatsächlich gefährdet sind, lässt sich nur schwer schätzen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lebten allein im März 2007 insgesamt 1,93 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen und dadurch von Armut betroffen sind. Doch dies ist nur ein Teil des Spektrums. Die insgesamt sehr heterogene Gruppe sozial benachteiligter Familien bedarf sehr individueller Unterstützungsleistungen. Erforderlich sind zielgruppenspezifische Maßnahmen, welche die konkreten Lebensbedingungen dieser Familien berücksichtigen.

Den KiTas als erster Bildungseinrichtung eines jeden Kindes kommt dabei eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Als Einrichtung mit hoher Akzeptanz in den jeweiligen Stadtteilen und bei Eltern und Kindern stellen sie einerseits einen niedrighschwelligigen Zugang dar, andererseits spiegeln sie den Stadtteil mit seinen jeweiligen Problemlagen wider. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden, um sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken – und dies im Spannungsfeld zwischen den Aufgaben und Grenzen der staatlichen Daseinsvorsorge. Dazu muss sie zunächst die Ausgangslage kennen und analysieren, um dann im nächsten Schritt stadtteilspezifisch wirksam handeln zu können.

Den KiTas als erster Bildungseinrichtung eines jeden Kindes kommt dabei eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Als Einrichtung mit hoher Akzeptanz in den jeweiligen Stadtteilen und bei Eltern und Kindern stellen sie einerseits einen niedrighschwelligigen Zugang dar, andererseits spiegeln sie den Stadtteil mit seinen jeweiligen Problemlagen wider. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg finden, um sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken – und dies im Spannungsfeld zwischen den Aufgaben und Grenzen der staatlichen Daseinsvorsorge. Dazu muss sie zunächst die Ausgangslage kennen und analysieren, um dann im nächsten Schritt stadtteilspezifisch wirksam handeln zu können.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen sind Teil der Publikation »Chancen ermöglichen – Bildung stärken. Zur Lebenssituation sozial benachteiligter Kinder in Deutschland«. Sie greifen Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien und der Praxis sowie Erfahrungen aus dem KiTa-Preis »Jedes Kind mitnehmen«, den die Bertelsmann Stiftung 2006 vergeben hat, auf. Die Handlungsempfehlungen bieten kom-

munalen Entscheidern, Trägern und Kindertageseinrichtungen Anregungen, sich mit dem Thema soziale Benachteiligung auseinanderzusetzen und Maßnahmen zur Gegensteuerung zu entwickeln. Dabei geht es nicht darum, einen vollständigen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, sondern darum, zentrale Handlungsfelder für eine Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen von sozial benachteiligten Kindern und ihren Familien zu fokussieren. Die Handlungsempfehlungen werden durch einen Film (siehe beiliegende DVD) ergänzt, der die einzelnen Themenblöcke aufgreift und Einblick in den Alltag von Kindern, Eltern, Erzieherinnen und weiteren engagierten Akteuren gibt.

Petra Klug
Bertelsmann Stiftung

Romy Stühmeier
Bertelsmann Stiftung

Handlungsbedarf erkennen



Transparenz herstellen

Sozialpolitische Entwicklungen dürfen nicht sich selbst überlassen werden, sie benötigen Steuerung. Voraussetzung für die Steuerung und Umsetzung sozialpolitischer Ziele ist eine genaue Kenntnis der jeweiligen Bedarfslagen. Eine gute Datengrundlage und eine gezielte Informationspolitik ist für eine sinnvolle kommunale Planung für individuelle Entscheidungsprozesse wichtig. Dies schließt auch die Entwicklung sozialer Frühwarnsysteme mit einer geschlossenen Reaktionskette zwischen Wahrnehmung und Handeln ein. Dazu ist es notwendig, dass

Politik und Verwaltung

- eine regelmäßige Sozialberichterstattung erstellen, die kleinräumig angelegt ist, um besonders belastete Sozialräume in einer Kommune identifizieren zu können. Hierzu erfassen sie die Lebenssituationen von Kindern und Familien anhand von ausgewählten Indikatoren, zum Beispiel zur Bildungs- und Wohnsituation, Gesundheit und Finanzlage der Familien. Ergänzend registrieren sie auch die vorhandenen Angebote für sozial benachteiligte Kinder, um anschließend Angebote und Bedarfslagen zu überprüfen, anzupassen oder zu erweitern.
- ein soziales Frühwarnsystem etablieren, das die verschiedenen Akteure verbindlich einbezieht und eine klare Bestimmung der Problemlagen, Sozialräume oder Zielgruppen vornimmt.¹

Politik, Verwaltung und Träger

- dafür sorgen, dass sie die Ergebnisse der Sozialberichterstattung mit allen relevanten Akteuren, dazu zählen u. a. Fachkräfte wie Hebammen, Kinderärzte und Erzieherinnen sowie Bürger und Eltern, diskutieren. Sie identifizieren gemeinsam in einem partizipativen Prozess die dringlichsten Handlungsfelder und entwickeln Maßnahmen.
- ihre erhobenen und interpretierten Daten in einem kompletten Bericht allen Akteuren in der Kommune transparent machen. Die Ergebnisse sollten ggf. auch in mehreren Sprachen veröffentlicht werden.

Kindertageseinrichtungen

- die konkreten Bedürfnisse der Kinder und Eltern zum Beispiel durch Erstgespräche, Befragungen oder Hausbesuche erkennen und ihre Angebote und Konzepte darauf abstimmen. Generell sind die Erzieherinnen für mögliche Problemlagen sensibilisiert und gehen individuell und kindorientiert auf diese ein.

¹ Das Projekt »Frühe Hilfen für Kinder und Familien« bündelt Informationen zu sozialen Frühwarnsystemen in NRW; weitere Informationen siehe unter www.soziale-fruehwarnsysteme.de.

Belastete Stadtteile unterstützen

Die Erfahrungen im Rahmen des KiTa-Preises 2006 »Jedes Kind mitnehmen« der Bertelsmann Stiftung haben gezeigt, dass es nicht selbstverständlich ist, die Existenz sozial belasteter Stadtteile politisch einzugestehen. Auch wenn es sehr oft eine Klassifizierung von Einrichtungen im Rahmen des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt«² gibt, kommt es vor, dass ein solches Eingeständnis und die damit verbundene notwendige Unterstützung vor Ort ausbleiben. Entsprechend bekunden die meisten Leitungskräfte aus Einrichtungen in belasteten Stadtteilen, die nicht als solche offiziell anerkannt sind, die größte Unzufriedenheit mit ihrer Situation. Es liegt in kommunaler Verantwortung, sozial belastete Stadtteile und damit auch ihre Einrichtungen zu identifizieren und ihnen die notwendigen Hilfen und Unterstützungsleistungen zukommen zu lassen. Voraussetzung dafür ist, dass

Politik und Verwaltung

- ihre Planung sehr konkret an den Bedarfslagen der jeweiligen Stadtteile ausrichten und möglichst viele relevante Akteure in die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen einbeziehen.

Politik, Verwaltung und Träger

- Kindertageseinrichtungen und andere Institutionen im Gemeinwesen als Orte gesellschaftlicher Integration unterstützen und einbeziehen. Zielführend ist hierbei die Benennung einer Person, die federführend die Prozesse zusammenführt und vorantreibt. Für alle Beteiligten gilt, offen, klar und wertschätzend miteinander zu kommunizieren.
- die sozialen Realitäten im Gemeinwesen sowie die gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen im Einzugsbereich zum Anlass nehmen, kontinuierlich die entsprechenden Konzepte und deren Umsetzungen zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Kindertageseinrichtungen

- beratend und vermittelnd tätig sind und zur Erfüllung ihrer Aufgaben strukturell und finanziell unterstützt werden.
- im Rahmen stadtteilbezogener Projektarbeit kreativ im Stadtteil wirken, indem sie beispielsweise Ausstellungen organisieren und damit die Kompetenzen der Kinder präsentieren. Die Kommunikation im Stadtteil über Kinder wird dadurch positiv beeinflusst.³
- den Interessen der Kinder gemeinsam mit dem Sozialbereich der Kommune Gehör verschaffen und so auch die Beteiligung der Familien im Stadtteil stärken.

2 Das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« ist ein integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept zur Stadtentwicklung, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung entgegenzuwirken; weitere Informationen siehe unter www.sozialestadt.de.

3 Das Projekt »Kiezdetektive« des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg will Kindern aus sozial benachteiligten Familien die Chance eröffnen, ihr Wohnumfeld mitzugestalten. Die Kinder »ermitteln« in ihrem Stadtteil und decken Missstände auf. Das Projekt erhielt den Anerkennungspreis im Rahmen des Deutschen Präventionspreises 2007; weitere Informationen siehe unter www.bertelsmann-stiftung.de und www.deutscher-praeventionspreis.de.

Vernetzung fördern



Netzwerke aufbauen

Sozialpolitische Einflussnahme ist eine Aufgabe von vielen Akteuren. Ihre Potenziale und Kapazitäten kommen im Zusammenspiel umso wirksamer zum Tragen. Eine gute Vernetzung von politischen und fachspezifischen Akteuren sowie Kindertageseinrichtungen ist Voraussetzung dafür, dass sich die Lebenssituation und die Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und deren Familien verbessern. Zurzeit ist in den meisten Kommunen noch eine »Verinselung« der Institutionen vor Ort zu beobachten. Sie richten ihre fachspezifischen Angebote je nach Zuständigkeit und eigener Fachlogik auf einzelne Lebensabschnitte aus. Ihre Maß-

nahmen und Aktivitäten sind aber innerhalb eines Stadtteils meist nur bedingt aufeinander abgestimmt und folgen noch zu wenig einer gemeinsamen Handlungsstrategie. Eine stärkere Vernetzung von Ressorts und Institutionen im Sinne der Kinder und Familien unter Berücksichtigung sozialräumlich orientierter Konzepte liegt in kommunalpolitischer Verantwortung. Hierzu ist es notwendig, dass

Politik und Verwaltung

- ein Initial starten, wichtige Akteure zusammenbringen und für Moderation und Begleitung sorgen.
- ein kommunales Netzwerk aufbauen und es durch langfristige Netzwerkstrukturen nachhaltig in der Kommune verankern.
- innerhalb der Kommunalverwaltung einen ressortübergreifenden Dialog (Bildung, Soziales, Gesundheit, Stadtplanung sowie Kinder- und Jugendhilfe) fördern und dabei Konzepte der Sozialraumorientierung einbeziehen.

Politik, Verwaltung und Träger

- die aktuelle Ausgangslage für eine Vernetzung zwischen Politikfeldern, kommunalen Einrichtungen und Akteuren ermitteln und dabei Stärken und Schwächen analysieren.
- in einem partizipativen Prozess mit Vertretern der Fachebene (Erzieherinnen, Kinderärzte, Hebammen u. a.) sowie Eltern gemeinsame Ziele – zum Beispiel in Form eines Leitbilds – für die Kommune formulieren. Diese Akteure kennen die Situation vor Ort am besten und können die Bedarfslagen genau identifizieren, damit das kommunale Netzwerk passgenaue Angebote und konkrete Maßnahmen für sozial benachteiligte Kinder und deren Familien entwickeln kann.
- die Verantwortung für die kommunalpolitische Verankerung und aktive Umsetzung der Maßnahmen im Netzwerk tragen.

Träger und Kindertageseinrichtungen

- aktiv die Zusammenarbeit mit anderen in diesem Handlungsfeld tätigen Diensten suchen: Gesundheitsämtern, sozialpädagogischer Familienhilfe, Familienberatungsstellen, Jugendzentren, Frauenhäusern, Therapeuten, Stadtteilbüros, Allgemeinem Sozialen Dienst (ASD), Volkshochschule (VHS), Schuldnerberatungen. Kindertageseinrichtungen können in diesem Netz eine zentrale Funktion übernehmen, wie zum Beispiel im Konzept der Familienzentren in Nordrhein-Westfalen beschrieben.⁴
- Verbündete – Religionsvertreter, ehrenamtlich Tätige, Abgeordnete aus dem Wahlkreis u. a. – suchen, die in ihrer Multiplikatorenfunktion beispielsweise Lobbyarbeit übernehmen können.

Partizipation stärken

Partizipation ist keine Technik, sie ist auch mehr als nur ein Recht für besondere Gelegenheiten. Kinder haben Rechte – auch das Recht auf Beteiligung. Zugleich spiegelt Partizipation auch eine Haltung wider, die sich im Handeln herausbildet und ausdrückt. Beteiligung bereits in frühen Jahren fördert Kinder, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und sich konstruktiv mit ihnen auseinanderzusetzen. An vielen Stellen ihres Alltags sind Kinder Experten in eigener Sache. Durch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten, zum Beispiel als Repräsentanten im Kinder- und Jugendparlament oder in Projekten, können sie Gemeinschaften erleben und schaffen.

Ein wichtiges Instrument, das Einrichtungen befähigt, die Lebenssituationen der Familien zu erfahren und auf sie einwirken zu können, ist die aktive Beteiligung der Eltern im KiTa-Alltag. Sie hilft den Erzieherinnen, Bedarfslagen zu ermitteln und konkrete, bedarfsorientierte Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch in den Alltag der Familien hineinzutragen.

Gelebte Partizipation der Erwachsenen sollte nicht nur in der Einrichtung selbstverständlich sein, sondern auch in der Haltung der Kommune, die hier eine öffentliche Vorbildfunktion übernimmt, zum Ausdruck kommen. Daraus folgt, dass

Politik und Verwaltung

- durch konkretes Tun ein Klima ernst gemeinter Partizipation schaffen, zum Beispiel durch die Formulierung einer politischen Grundsatzerklärung oder die Einrichtung von Mitwirkungsgremien (zum Beispiel Kinderparlament, Kinderrat oder Kinderkonferenzen).
- die in diesen Gremien getroffenen Entscheidungen der Kinder aufgreifen und weitestgehend realisieren. Ihre Beschlüsse müssen Folgen haben!
- eine Partizipationsstrategie als Grundlage für konkrete Programme und Maßnahmen in den einzelnen Ressorts (wie Stadtentwicklung, Bildungspolitik, Kinder- und Jugendhilfe) entwickeln.
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen als eine gesamtkommunale und ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstehen. Die mit dieser Aufgabe betraute Koordinierungsstelle kann beispiels-

⁴ Die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren verfolgt das Ziel, Bildung, Betreuung und Erziehung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen mit Angeboten der Beratung und Hilfen für Familien zu verbinden; weitere Informationen siehe unter www.familienzentrum.nrw.de.



weise bei einem lokalen Kinderbeauftragten, in einer Abteilung bzw. einem Bereich innerhalb der Verwaltung oder bei freien Trägern liegen.

Träger und Kindertageseinrichtungen

- und weitere Akteure auf kommunaler Ebene dafür sorgen, dass konkrete Anliegen der Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft, Bildungsniveau etc. – in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Bei der Kommunikation über mögliche Vorhaben ist darauf zu achten, dass die Kinder und Jugendlichen »auf gleicher Augenhöhe« mitreden können.

Kindertageseinrichtungen

- Kindern und ihren Familien als gleichberechtigte Partner begegnen und sie lebensnah in den KiTa-Alltag einbeziehen, zum Beispiel durch klassische Mitwirkungsstrukturen wie Elternbeirat und Kinderparlament oder in Entwicklungsgesprächen, interkulturellen und integrativen Begegnungen.
- ihre pädagogische Arbeit darauf ausrichten, die Kinder zu begleiten und als gleichberechtigte Experten ihrer eigenen Bildungs- und Entwicklungsprozesse zu akzeptieren. Sie lassen Kinder zum Beispiel selbst entscheiden, womit sie sich beschäftigen und wie sie ihren Tag in der KiTa gestalten.
- ein Teamwork praktizieren, das Erzieherinnen an Entscheidungen beteiligt und einen Informationsaustausch zwischen ihnen und der Leitung gewährleistet.



- einen regelmäßigen Austausch zwischen den Erzieherinnen und Eltern fördern, um u. a. die Entwicklungsschritte der Kinder zu besprechen und bei Bedarf individuelle Unterstützungsleistungen anzubieten. Grundlage für diese Gespräche können Beobachtungs- und Dokumentationsverfahren wie zum Beispiel Bildungs- und Lerngeschichten sein.⁵

⁵ Das Verfahren der Bildungs- und Lerngeschichten basiert auf einem in Neuseeland entwickelten pädagogischen Konzept, das vom Deutschen Jugendinstitut in München (DJI) für Deutschland adaptiert wurde. Im Modellprojekt »Kind + Ko« der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung wurde das Verfahren in den Kommunen Chemnitz und Paderborn erfolgreich erprobt und umgesetzt; weitere Informationen siehe unter www.kinder-frueher-foerdern.de und www.dji.de.

Bildung stärken



Zugang zur KiTa erleichtern

Kindertageseinrichtungen genießen in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Sie werden von den meisten Familien freiwillig aufgesucht und eignen sich hervorragend als Orte zur gesellschaftlichen Integration. Damit stellen sie ein beachtliches sozial- und bildungspolitisches Kapital für Politik und Träger dar. Doch gerade sozial benachteiligten Familien wird die Nutzung dieses Angebots durch Zugangsbarrieren erschwert. So sind beispielsweise für viele Familien selbst relativ geringe Elternbeiträge eine große finanzielle Belastung. Auch wenn eine Beitragsstaffelung bzw. Beitragsbefreiung für wirtschaftlich schwache Familien in der Regel

bereits existiert, erschweren nach wie vor »versteckte« finanzielle Belastungen im Alltag der Kindertageseinrichtung die Situation dieser Eltern. Doch nicht nur finanzielle oder berufsbedingte Hemmnisse erschweren den Zugang zur KiTa. Auch Erkrankungen – zum Beispiel psychische oder Suchterkrankungen – können dazu führen, dass Eltern nicht für einen regelmäßigen KiTa-Besuch ihrer Kinder sorgen können. Hier muss konkret gegengesteuert werden. Notwendig ist deshalb, dass

Politik, Verwaltung und Träger

- dafür sorgen, dass einem Kind der Zugang zu einem Ganztagsplatz aufgrund der beruflichen oder finanziellen Situation seiner Eltern nicht verwehrt oder eingeschränkt wird.
- sozial benachteiligten Familien flexible Kostenlösungen vom beitragsfreien KiTa-Besuch der Kinder bis hin zur Befreiung von Zuzahlungen wie Essensgeld anbieten, damit Ganztagsplätze und Verpflegung kostenmäßig nicht einem Ausschlusskriterium gleichkommen.

Träger und Kindertageseinrichtungen

- für die Finanzierung von Essen und Getränken, der Teilnahme an Ausflügen und kostenpflichtigen Veranstaltungen oder von Wechselwäsche, Sonnenmilch und vielen anderen »Kleinigkeiten« Lösungen anbieten, die arme Familien nicht ausgrenzen, aber auch nicht überfordern.
- benachteiligte Familien intensiv über Beitragsbefreiung und flexible Kostenlösungen informieren.

Kindertageseinrichtungen

- flexible Öffnungszeiten und Unterstützungsleistungen in Notfällen anbieten, dabei bei Bedarf auch mit Tagesmüttern kooperieren.
- für Familien aufsuchende Kontakte – Hausbesuche, Abholung der Kinder von zu Hause etc. – sowie niedrigschwellige Angebote (Eltern-Kind-Angebote, Elterntreffen und -kurse, Familienfreizeiten etc.) vorsehen und bei deren Umsetzung mit anderen Akteuren wie Tagesmüttern, Jugendhilfe u. a. kooperieren.

Bedarfsorientierte Angebote entwickeln

KiTas sind ein Spiegelbild ihres Stadtteils – die Problemlagen der Kinder und ihrer Familien wirken sich unmittelbar auf die Arbeit der Erzieherinnen aus. Kinder in schwierigen Lebenssituationen benötigen sehr individuelle, auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Angebote und eine passgenaue Unterstützung. Bei den Bemühungen, sozialer Benachteiligung wirksam entgegenzuwirken, hat sich die Förderung von Gesundheit, sozialer Teilhabe und Integration als besonders wirksam erwiesen. Ergänzend kommt die Förderung von Resilienz – die Fähigkeit, schwierige Situationen zu überwinden – hinzu, die insbesondere auf der Einrichtungsebene von zentraler Bedeutung ist. Diese vier inhaltlichen Schwerpunktsetzungen werden in den Konzepten und Programmen vieler KiTas aufgegriffen und im Folgenden vorgestellt.

Gesundheit

Die Basis für ein gesundes Leben wird bereits in der frühen Kindheit gelegt. Gesundheit bzw. ihre Gefährdung steht in enger Wechselwirkung zu Armut und sozialer Benachteiligung. Kinder aus sozial benachteiligten Familien tragen nicht nur ein höheres Risiko, frühzeitig zu erkranken, sie sind auch mit einer Hypothek auf ihre Gesundheit im Erwachsenenalter belastet.

Grundbedingung für eine positive und gesunde Entwicklung von Kindern ist neben der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse die Stärkung ihrer Potenziale und Kompetenzen. Für ein gesundes Aufwachsen kommt es insbesondere auf die Förderung von Schutzfaktoren für Gesundheit, die Minimierung von gesundheitlichen Risiken und die Gestaltung gesunder Lebenswelten an. Weil neben den familiären Einflussfaktoren auch die außerfamiliären Verhältnisse und Ressourcen auf die kindliche Entwicklung einwirken und eine protektive Wirkung entfalten können, kommt institutionellen Unterstützungssystemen für Familien und Einrichtungen des frühkindlichen Bildungssystems eine zentrale Bedeutung zu. Wichtig dabei ist, dass

Politik, Verwaltung und Träger

- sektoren- und professionsübergreifend zusammenarbeiten und dafür gemeinsame Ziele für alle politischen Ebenen (Bund/Land/Kommune) vereinbaren.
- verbindlich Verantwortung übernehmen und Unterstützungsleistungen anbieten.
- in den Einrichtungen eine gesunde Mittagsverpflegung für alle Kinder ermöglichen und dafür Sorge tragen, dass kein Kind aufgrund seiner sozialen Lage von dieser ausgeschlossen wird.
- Qualitätsstandards für Verpflegungs- und Bewegungsangebote sowie die entsprechenden Räumlichkeiten verbindlich beschreiben und umsetzen.
- die Erzieherinnen zu den relevanten Handlungsfeldern der Gesundheitsförderung – zum Beispiel Bewegung, Verpflegung, Sprachentwicklung, mentale Gesundheit, Wahrnehmungsförderung – weiterqualifizieren. Diese Fortbildungsmaßnahmen sind – im Sinne einer Wechselwirkung von Gesundheit und Bildung – an den Bildungsauftrag angebunden.



Träger und Kindertageseinrichtungen

- gemeinsam mit den Beteiligten – Kinder, pädagogische Fachkräfte, Familien u.a. – bedarfsorientierte Unterstützungsmaßnahmen entwickeln, umsetzen und qualitativ sichern.
- Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit nicht losgelöst vom Bildungsauftrag und als zusätzliche Aufgabe betrachten, sondern als festen Bestandteil in den Ablauf und die Organisation des KiTa-Alltags integrieren. Auf diese Weise wird Gesundheit als Querschnittsthema erkennbar.

Kindertageseinrichtungen

- die Gesundheit und Entwicklung der Kinder in unterschiedlichsten Bereichen fördern: Bewegung, Verpflegung, Entspannung, Sprachentwicklung, Lebenskompetenzentwicklung, Sicherheitserziehung, mentale Gesundheit, Wahrnehmung u.a.
- Bewegungsangebote entwickeln, die Kinder den ganzen Tag selbstständig inner- und außerhalb der KiTa nutzen können.
- insbesondere die Widerstandskraft der Kinder stärken und sie dabei unterstützen, Schwierigkeiten konstruktiv und lösungsorientiert zu bewältigen.
- die Förderung der Gesundheit im ganzheitlichen Sinne praktizieren und als Qualitätsmerkmal in ihrer Bildungs- und Betreuungskonzeption berücksichtigen.
- Eltern in gesundheitlichen Fragen unterstützen und beraten.
- interprofessionell mit Familienberatungsstellen, Stadtteilmanagern, Gesundheitsämtern, Sport- und Psychomotorikvereinen, Kinderärzten, kindorientierten Fachärzten, Therapeuten, Sozialversicherungsträgern, Betrieben, Vereinen u.a. kooperieren.

Soziale Teilhabe

Zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit sind gerechte Chancen für alle. Aus der Perspektive von Kindern bedeutet dies konkret, dass sie am gesellschaftlichen Leben und an den Bildungs- und Kulturangeboten teilhaben können, aber auch, dass sie darin unterstützt werden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Chancen zu nutzen. Kindern aus sozial und bildungsbenachteiligten Familien fehlt häufig ein selbstverständlicher Bezug zu kulturellen Angeboten. Diesen gilt es zielgruppenspezifisch und nachhaltig zu fördern. Die Einbeziehung der Eltern und Familien in diese Förderung wirkt auf die Bildung der Kinder zurück. Voraussetzung dafür ist, dass

Politik und Verwaltung

- die Verbesserung der Lebenssituation von sozial benachteiligten Kindern und Familien als gemeinsames Ziel festschreiben.
- Rahmenbedingungen schaffen, die den verschiedenen kommunalen Bildungs- und Kultureinrichtungen eine möglichst unkomplizierte Zusammenarbeit ermöglichen, zum Beispiel den Einsatz von Musikschullehrern in der KiTa.
- langfristige Projekte ausschreiben und finanziell unterstützen, die in besonders belasteten Stadtteilen Angebote zur Förderung von sozial benachteiligten Familien und ihren Kindern auf den Weg bringen.
- Kindern und Familien den Zugang zu Museen und anderen kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen zum Beispiel durch ermäßigte Eintrittsgelder erleichtern.

Träger und Kindertageseinrichtungen

- Kindern ein anregungsreiches Umfeld anbieten, das ihnen vielfältige Erfahrungen ermöglicht. Dazu zählen neben den Angeboten in der KiTa – zum Beispiel eine Werkstatt, ein Freigelände, Kochaktionen u. a. – auch Ausflüge im Stadtteil und im gesamten Stadtgebiet.
- mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen – zum Beispiel Museen, Theatern, Bibliotheken, Musikschulen u. a. – kooperieren, die die Bildungs- und Lernprozesse aller Kinder bereichern.
- Kindern und ihren Familien ein verlässliches Umfeld und Gemeinschaftserlebnisse bieten. Die Erzieherinnen nehmen sie ernst, gehen auf ihre Probleme ein und fördern auf diese Weise ein gutes soziales Klima nach innen und außen.

Integration

Ein knappes Drittel aller Kinder unter fünf Jahren kommt aus Familien mit Migrationshintergrund, ist entweder selbst im Ausland geboren oder hat zumindest einen im Ausland geborenen Elternteil (Statistisches Bundesamt 2007). Grundsätzlich sollte die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund so früh wie möglich beginnen, da Kinder sich die neue Sprache und Kultur in der KiTa auf spielerische Art und im Umgang mit Gleichaltrigen schnell aneignen. Interkulturelle Begegnungen und Erfahrungen in dieser frühen Lebensphase bieten große Chancen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Es liegt in



kommunalpolitischer Verantwortung, ein Verständnis für soziale und kulturelle Vielfalt zu schaffen – nicht ausgrenzend, sondern wertschätzend und Integration fördernd. Voraussetzung dafür ist, dass

Politik und Verwaltung

- ein Leitbild und einen umfassenden Zielkatalog für Integrationspolitik entwickeln und Integration als gesamtkommunale und ressortübergreifende Aufgabe verankern.
- sicherstellen, dass neben den Akteuren des Netzwerks auch relevante Repräsentanten der Migranten in die Entwicklung von Maßnahmen einbezogen werden und dass ein »Dialog auf gleicher Augenhöhe« für alle Akteure verbindlich ist.

Träger und Kindertageseinrichtungen

- integrationsfördernde Maßnahmen schwerpunktmäßig in den Bereichen Bildung und Sprache, Partizipation und Dialog ergreifen. Auch hier sollten sie die Adressaten in die Entwicklung solcher Maßnahmen einbeziehen.
- Erkenntnisse der differenzierten Koedukation aufgreifen und – besonders bei Kindern mit Migrationshintergrund – traditionelle Rollenmuster reflektieren.
- Eltern in die Förderung und Integration der Kinder einbeziehen und sie – unter Berücksichtigung der kulturellen Unterschiede – unterstützen. Hierzu zählen u. a. kulturspezifische Angebote wie zum Beispiel Kochkurse für muslimische Mütter.
- die Sprachentwicklung der Kinder und ihrer Eltern fördern, indem sie Sprachkurse vermitteln bzw. diese in die Einrichtung holen, wie zum Beispiel beim Projekt »Mama lernt Deutsch«.⁶

⁶ »Mama lernt Deutsch« ist eine Initiative des Bayerischen Volkshochschulverbandes und des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, finanziert durch den Europäischen Sozialfond (ESF), die zum Ziel hat, die Deutschkenntnisse von Frauen mit Migrationshintergrund zu verbessern; weitere Informationen siehe unter www.stmuk.bayern.de/km/aufgaben/erwachsenenbildung/service/.

Resilienz

Die Stärkung von Widerstandskraft in schwierigen Situationen und das Erleben von Selbstwirksamkeit und Gemeinschaftserfahrungen über soziale Unterschiede hinweg sind Schlüsselfaktoren, die sozialer Benachteiligung entgegenwirken. Gezielte Trainings- und Kooperationsprogramme unterstützen diesen Ansatz, wie zum Beispiel »Marte Meo«⁷, »Faustlos«⁸ oder »FuN«⁹. Zur Förderung solcher Schlüsselfaktoren gehört, dass

Kindertageseinrichtungen

- Eltern und Kinder insbesondere aus benachteiligten Familien bei Fragen der Alltagsbewältigung und Lebensführung unterstützen. Die Unterstützungsangebote umfassen zum Beispiel Sprechstunden des Fachpersonals, Hilfen beim Ausfüllen von Anträgen oder Begleitung bei Behördengängen.
- und ihre pädagogischen Fachkräfte eine wertschätzende Haltung vorleben, die sich auf die Kinder überträgt.
- mit ihrem pädagogischen Konzept eine beziehungsorientierte Kommunikation verfolgen. Indem die Erzieherinnen Gefühle konkret ansprechen, stärken sie die Fähigkeit der Eltern und Kinder, ihre Emotionen auszudrücken und ggf. mit Unsicherheiten umzugehen.
- Kindern eine herausfordernde Umgebung bieten, in der sie üben können, sich selbstständig Aufgaben zu stellen, und realistisch einschätzen lernen, ob und wie sie diese bewältigen können.
- ihre eigene Wirksamkeit erkennen, indem sie Erzieherinnen, Kindern und Eltern ermöglichen, den KiTa-Alltag mitzugestalten.
- zwangsläufige Brüche in der kindlichen Entwicklung durch eine gute Vorbereitung positiv nutzen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn die beim Wechsel von der KiTa in die Schule beteiligten Einrichtungen kooperieren und durch gegenseitige Besuche und Elternveranstaltungen dem Kind einen guten, kontinuierlichen Übergang in seine Schullaufbahn ermöglichen.

7 »Marte Meo« ist ein Fort- und Ausbildungsprogramm zur Früherkennung und Behebung von sozialen Problemen und Entwicklungsrisiken bei Kindern; weitere Informationen siehe unter www.martemeeo.com und www.martemeeo-deutschland.de.

8 »Faustlos« ist ein Präventivprogramm zur Konfliktbewältigung; weitere Informationen siehe unter www.faustlos.de.

9 »FuN« (Familie und Nachbarschaft) ist ein präventives Programm zur Unterstützung und Förderung von Familien; weitere Informationen siehe unter www.praepaed.de.

Personal unterstützen



Personalschlüssel verbessern

Bei der Arbeit mit sozial benachteiligten Kindern und ihren Eltern steigt der Personalbedarf aufgrund der zunehmenden Beratungs- und sozialpädagogischen Aufgaben kontinuierlich an. Vor allem die Kinder benötigen verlässliche Ansprechpersonen sowie eine intensive Ansprache und Betreuung, unter anderem um ihre Sprachkompetenz zu fördern. Die pädagogischen Fachkräfte können nur dann nachhaltig wirken, wenn es ihnen gelingt, verlässliche und vertrauensvolle Beziehungen zu den Kindern und ihren Familien aufzubauen. Notwendig hierfür ist, dass

Politik und Träger

- die personellen Anforderungen durch einen erhöhten Personalschlüssel unterstützen, dessen gesetzliche Regelung Aufgabe der Landesregierung ist. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, ausgehend von internationalen Studien, einen Personalschlüssel für unter Dreijährige von 1:3 und für über Dreijährige von 1:7,5.¹⁰
- den pädagogischen Fachkräften der Einrichtungen ausreichend Verfügungszeit für Beratungs- und sozialpädagogische Tätigkeiten sowie für Vernetzungsarbeit im Stadtteil zugestehen.
- die Kindertageseinrichtungen mit qualifiziertem Leitungspersonal besetzen und dieses in angemessenem Umfang für Leitungsaufgaben freistellen.

Personal qualifizieren

Die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen arbeiten professioneller, wenn sie sich an einem gemeinsam vom Träger und ihrer Einrichtung entwickelten Leitbild orientieren können, in dem das Aufgaben- und Zielverständnis schriftlich dargelegt ist. Entsprechend benötigen sie eine Qualifizierung, um ihre Aufgaben zielgerichtet erfüllen zu können. Denn gerade in der Arbeit mit sozial benachteiligten Familien und Kindern kommt es darauf an, dass

¹⁰ Der empfohlene Personalschlüssel beschreibt jeweils die Relation zwischen der täglichen Inanspruchnahme aller Kinder und dem eingesetzten Personal in einer Gruppe. Basis ist die vertragliche Arbeitszeit der einzelnen Mitarbeiterinnen, die auch Vorbereitungszeiten, Teamsitzungen, Elterngespräche, Leitungsanteile u. a. umfasst. Der Personalschlüssel gibt nicht an, wie viele Kinder zu jedem Zeitpunkt am Tag von einer Fachkraft betreut werden. Die Bertelsmann Stiftung nimmt an, dass rund 25 Prozent der Arbeitszeit für Tätigkeiten ohne Kinder einzuplanen sind. Daraus ergibt sich eine Erzieher-Kind-Relation für unter Dreijährige von 1:4 und für über Dreijährige von 1:10 (weitere Angaben im Länderreport frühkindlicher Bildungssysteme, Bertelsmann Stiftung 2008).



Politik, Verwaltung und Träger

- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die pädagogischen Fachkräfte die hohen fachlichen Anforderungen erfüllen können, indem sie ihnen Fach- und Praxisberatung, Supervision und entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für eine qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung von Kindern aus unterschiedlichen Lebens- und Kulturkreisen anbieten. Hierzu gehört auch eine ausreichend bemessene Teamzeit im Dienstplan.
- dafür sorgen, dass neben den pädagogischen Fachkräften zusätzlich Personen anderer Berufe eingestellt werden, um in der Kindertageseinrichtung ein vielfältiges Angebot zu gewährleisten.
- gemeinsam trägerübergreifende Qualifizierungsangebote – beispielsweise zum kontinuierlichen Übergang von der KiTa in die Grundschule – gestalten. Die gesetzliche Regelung solcher Angebote ist Sache der Länder.

Kindertageseinrichtungen

- einem sozial-integrativen Ansatz folgen, der eine systemische Sichtweise und biographisches Lernen berücksichtigt und bei den pädagogischen Fachkräften das Bewusstsein über eigene Vorurteile, die Wahrung professioneller Distanz, die Reflexion und Dokumentation der Arbeitsprozesse u.Ä. stärkt.
- über den Personaleinsatz selbst verfügen können.
- Personen anderer Berufe in die pädagogische Arbeit mit einbeziehen können.

Literatur



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). »Integration braucht Bildung«. Policy Paper der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2006. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-A592B72B/bst/xcms_bst_dms_17200_17517_2.pdf.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – mit Handlungsempfehlungen für Kommunen*. Gütersloh 2006.

Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hrsg.). *Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik*. 2. Auflage. Gütersloh 2006.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik*. Gütersloh 2008 (in Vorbereitung).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Vorbilder bilden – Gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel. Carl Bertelsmann-Preis 2007*. Gütersloh 2007.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh 2007.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). »Wer fördert Deutschlands sozial benachteiligte Kinder? Rahmenbedingungen zur Arbeit von Kitas mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien«. Gütersloh 2007. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-A9F7174D/bst/Studie_Kurzfassung_070709_Holz.pdf.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). *Bildung auf einen Blick 2007: OECD-Indikatoren*. Berlin 2007.

Statistisches Bundesamt. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005*. Wiesbaden 2007.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Länderreport frühkindlicher Bildungssysteme. Transparenz schaffen – Governance stärken*. Gütersloh 2008 (in Vorbereitung).